



CVP-Frauen Schweiz

Arbeitsgruppe Energie und Klima

Energiestrategie 2050

Grundsätzliche Überlegungen

Die Energiestrategie 2050 ist visionär und mutig. Sie fordert von allen grosse Anstrengungen. Das UVEK unter der Führung von Bundesrätin Doris Leuthard hat eine riesige Arbeit geleistet, die an dieser Stelle gewürdigt und verdankt wird.

Die Energiewende ist ein langer Prozeß; sie erfordert einen Umbau unseres Energiesystems, vor allem auch in Anbetracht des Klimawandels.

Darum:

Energiewende Ja – aber nicht hin zum Fossilen!

Das bedingt einen optimalen Mix aus geeigneten Instrumenten und Massnahmen in allen Bereichen (Stromproduktion, Ausbau neue erneuerbare Energien, Verteilnetz, Energieeffizienz). Das geht nicht ohne klar definierte Massnahmen. Dabei muss der Versorgungssicherheit grosse Priorität zugeteilt werden.

Die CVP-Frauen betrachten die vorgeschlagenen Massnahmen immer auch in Hinblick auf den CO₂-Ausstoss. Sie stellen fest, dass im vorliegenden Massnahmen-Paket die CO₂-Reduktion nur als Begleiterscheinung auftritt und daher zu wenig im Vordergrund steht.

Mit dem ersten Massnahmen-Paket wird nur etwa die Hälfte der langfristigen Ziele bezüglich End-Energie und Elektrizitätsverbrauch erreicht.

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Massnahmen zu verstärken. Die ökologische Steuerreform ist früher als geplant einzuführen. Neben gesetzlichen Vorschriften gehören finanzielle Anreize wie Lenkungsabgaben zu den wichtigsten Instrumenten der Energiestrategie. Wer wenig Strom bezieht, zahlt wenig Lenkungsabgabe, erhält aber gleich viel zurück wie der Vielverbraucher. Anreize sollen über das Geld geschaffen werden.

Der Bundesrat und das Parlament müssen Überzeugungsarbeit leisten, und zwar mit einer offenen Kommunikation und geschicktem Handeln. Alle müssen ihren Beitrag leisten, Privatpersonen wie auch Wirtschaft und Industrie.

Themen, die den CVP Frauen wichtig sind:

Energieeffizienz

Energieeffizienz ist das Kernstück der neuen Energiepolitik. Sie bedeutet einerseits, energieeffiziente Technologien einzusetzen, und andererseits, weniger Energie zu verbrauchen. Denn die einzeln eingesparte Kilowattstunde ist die umweltfreundlichste!

In der Schweiz besteht ein grosses Effizienzpotential. Ein Drittel lässt sich mit technischen Mitteln ohne Komfortverlust einsparen. Dazu braucht es Zielvereinbarungen mit Anreizen zur Steigerung der Effizienz für Industrie und Dienstleister.

Bei Elektrogeräten sind die Vorschriften betreffend Effizienz und Gebrauch kontinuierlich zu verschärfen.

Effizienzziele für Energieversorgungsunternehmen sind zu unterstützen.

Die Verstärkung der Gebäudeprogramme ist wichtig. Die Kantone sind zu ihren Beiträgen zu verpflichten.

Die öffentliche Hand hat Vorbildfunktion zu erfüllen.

Mobilität

Das Potential des Langsamverkehrs wird zu wenig beachtet. Durch gezielte Anreize könnte dieser Bereich gefördert und dadurch der Individualverkehr entlastet werden. E-Bikes oder E-Roller sollen gefördert werden. Die Infrastruktur für Velos, sei es getrennte Velostreifen in den Städten und Dörfern wie auch geeignete und sichere Veloabstellplätze bei Einkaufszentren und Bahnhöfen, sollte ausgebaut werden.

Die Elektromobilität im Privatverkehr muss derart mit Anreizen gefördert werden, dass sich Personen mit eigener erneuerbarer Stromproduktion (Sonnen- oder Windenergie) vermehrt für ein Elektromobil entscheiden. Diese bieten zusätzlich sinnvolle Speicherkapazitäten des selbstproduzierten Stroms.

Die Verschärfung bezüglich des CO₂-Ausstosses bei der Zulassung von Personen-Lieferwagen und leichten Sattelschleppern bis Ende 2020 ist richtig und EU-kompatibel.

Die Verlagerung vom Güterverkehr auf die Schiene muss umgesetzt werden. Eine CO₂-Abgabe im Bereich der Autos würde sich eignen, um sowohl die Effizienz der neuen Autos, die Fahrweise, aber auch die Fahrleistung hin zu tieferem Treibstoffverbrauch und CO₂-Emissionen zu verbessern.

Neue erneuerbare Energien, Landschaftsschutz

Verstärkte Förderung und Ausbau der erneuerbaren Energie und damit Wechsel von der zentralen zur dezentralen Energieerzeugung werden unterstützt. Der Bau und Betrieb von Kleinkraftwerken und Solaranlagen, die energetische Nutzung von Holz und Biomasse und die energetische Sanierung von Gebäuden schaffen viele regionale Arbeitsplätze und ermöglichen eine hohe Wertschöpfung in den Regionen, gerade in ländlichen Gegenden.

Wichtig scheint eine gemeinsame Planung von Bund und Kantonen.

Es darf nicht jeder Bach zugebaut, die Restwassermengen dürfen nicht reduziert und auch nicht jedes Dach und jeder Hügelzug mit Sonnenkollektoren bestückt oder mit Windrädern zugebaut werden. Den Interessen des Naturschutzes und des Heimatschutzes muss gebührend Rechnung getragen werden, auch im Interesse des Tourismus und der Lebensqualität. Bereits bebaute Flächen z.B. Autobahn-Lärmschutzwände und Hochhäuser in Siedlungsgebieten sollten zuerst bestückt werden. Bereits bestehende Wasserkraftwerke sollen optimiert und ausgebaut werden sollen.

Fossile Kraftwerke

Im Bericht wird unmissverständlich erklärt, dass bis 2020 ein Gaskombikraftwerk (GuD) zur Gewährleistung der Netzstabilität und eines hohen Versorgungsgrades der Schweiz notwendig wird. Der spätere Zubau von weiteren GuD wird nicht ausgeschlossen. Es entstehen grosse CO₂-Emissionen.

Ebenso werden Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen (WKK) erwähnt. Diese produzieren Wärme und Elektrizität. Sie sind grundsätzlich steuerbar, jedoch richtet sich ihr Einsatz im Allgemeinen nach dem Wärmebedarf. Trotzdem sind die Netze verpflichtet, ob passend oder nicht, den Strom abzunehmen. Es soll auch ein WKK-Vergütungssystem geschaffen werden.

Fossile Kraftwerke, die CO₂ produzieren, sollen damit subventioniert werden.

Es ist erschreckend festzustellen, dass die fossile Energie nicht stärker eingeschränkt wird, ja sogar noch zusätzlich als Ersatz eingeplant und subventioniert werden soll.

Die CVP-Frauen Schweiz sind aus Klimaschutzgründen strikt gegen den Bau und Betrieb von Gaskombikraftwerken, aber auch gegen WKK-Anlagen. Diese Kraftwerke leisten auch keinen zuverlässigen Beitrag zur Versorgungssicherheit, da ihre Gasversorgung vom Ausland abhängig ist.

Stromimporte werden im Bericht nicht näher bezeichnet. Es darf kein Strom aus öl-, kohle- oder gasgefeuerten Kraftwerken sowie aus Kernkraftwerken importiert werden. Die CO₂-Produktion und die Gefahr von Kernkraftwerken werden mit dem Import einfach ins Ausland verlagert.

Gas aus Biomasse, die aus extra dafür produzierten Nahrungsmitteln stammt, lehnen die CVP-Frauen ab.

Mit der weiteren Produktion von CO₂ tritt anstelle des Endlagers im Boden (nuklear) das sehr gefährliche „Endlager“ in der Atmosphäre.

Forschung und Ausblick

Die CVP-Frauen Schweiz wünschen sich intensivere Forschung und Entwicklung zugunsten einer besseren Klimabilanz und optimaler Stromversorgung. Die Schweiz mit ihren Hochschulen und Forschungszentren ist geradezu prädestiniert, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Es sollte darum heute keine Technologie definitiv verboten und verhindert werden, auch wenn in näherer Zukunft kein Gebrauch davon gemacht wird.

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

CVP Frauen Schweiz

Inhalt

| | |
|---|----|
| Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050..... | 1 |
| Allgemeine Fragen..... | 2 |
| Kernenergiegesetz..... | 2 |
| Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz | 3 |
| Energieeffizienz | 3 |
| Gebäude | 3 |
| Mobilität..... | 4 |
| Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft | 5 |
| Industrie und Dienstleistungen | 5 |
| Erneuerbare Energien | 6 |
| Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht | 7 |
| Einspeisevergütungssystem | 7 |
| Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen | 8 |
| Netzzuschlag..... | 9 |
| Fossile Kraftwerke | 9 |
| Netze | 10 |

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Energiestrategie 2050 ist visionär und mutig. Sie fordert von uns allen grosse Anstrengungen. Das UVEK unter der Führung von Frau Bundesrätin Doris Leuthard hat eine riesige Arbeit geleistet, die hier verdankt wird.

Die Energiewende ist ein steter, anspruchsvoller Prozess und erfordert in Anbetracht des Klimawandels einen massiven Umbau.

ENRGIEWENDE JA – ABER NICHT HIN ZUM FOSSILEN.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Die Zeithorizonte sind z.T zu grosszügig berechnet. Erste Massnahmen sollten sofort ergriffen werden, damit sich erste Erfolge in absehbarer Zeit zeigen.**

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Wir stehen voll und ganz hinter dem jetzigen Ausstieg der Kernenergie, doch sollte keine Technologie per Gesetz verboten werden. Die CVP Frauen sind gegen ein Technologieverbot!**

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Die Verbrauchsziele sollen immer auch auf den CO₂-Ausstoss ausgerichtet sein. GuD sind keine Alternativen.**

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Mit Blick auf den dringend zu sanierenden Gebäudebereich ist diese Obergrenze zu tief. Der Bund und die Kantone haben ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1)
☒ Variante 2 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2)
☐ Keine der beiden Varianten

☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist? *Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinquies} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)*
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Ja zu über drei Jahre steuerlich abziehen – nein zum Mindeststandard. Jede Verbesserung soll zählen. Mindeststandard soll für Neubauten gelten und ein längerfristiges Ziel sein.**

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden? *CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10*
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Die CVP-Frauen begrüßen diese Verschärfung.**

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden? *CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10*
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **EU-kompatibel**

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Verpflichtende Effizienzziele für Energieversorgungsunternehmen werden grundsätzlich unterstützt – jedoch sehr komplex in der Umsetzung und daher schwer nachvollziehbar.**

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **sofern Klimaziele beachtet werden.**

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Raumplanung ist in erster Linie die Aufgabe der Kantone, der Bund kann unterstützend wirken, wenn es gewünscht wird**

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Die Kantone sollen ihre Verantwortung wahrnehmen und geeignete Gebiete im Richtplan festlegen. Die Anliegen des Naturschutzes und des Heimatschutzes sollen berücksichtigt werden. Zuerst sollen die bestehenden Werke optimiert und erneuert und Anlagen in Industrie- und gut erschlossenen bebauten Zonen gebaut werden.**

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesse statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Zu vage, mit welchen Anlagen soll ein nationales Interesse statuiert werden?**

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Anlagen, die mit fossile Brenn- und Treibstoffen betrieben werden, müssen gut abgeklärt werden.**

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Sie müssen jährlich angepasst werden, und es müssen mehr Mittel für Anstossfinanzierungen gestellt werden.**

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen: **Das Net-Metring lässt den Eigentümer über seinen eigenen Bedarf hinaus denken.**

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **WKK produzieren CO₂. Das Gesetz verlangt, dass die verursachten Emissionen vollständig kompensiert werden sollen. Es sollte nicht zusätzlich CO₂ produziert werden, da alle Anstrengungen zur CO₂-Kompensation für die Erreichung der Klimaziele 2020 benötigt werden.**

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **WKKs sind grundsätzlich steuerbar, sie eignen sich jedoch nicht für die gezielte Stützung des Netzes, da sich ihr Einsatz im Allgemeinen nach dem Wärmebedarf richtet, somit würde auch die Produktion der Wärme subventioniert.**

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Keine Befreiung der CO₂-Abgabe!**

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

.....
...**Massive Forschung und Förderung der Geothermie**.....

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

31. X ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

32. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: